

Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 23 November 1931 3. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S — 90

Taten wollen wir sehen

„Es gibt keine Möglichkeit, die Krise in Oesterreich zu überwinden, solange sie in der ganzen Welt rings um uns fortdauert“, das ist die Antwort des Grazer Parteiages der Sozialdemokratie auf Hunger, Elend und Verzweiflung hunderttausender Menschen. Wir können euch nicht helfen, wenn die IBK euch aussteuert, wenn die Regierung durch ihre Wirtschaftspolitik den Groagrariern gefällig ist und in eine Ernhrungskatastrophe mit wahnwitziger Teuerung treibt, wir sind ohnmächtig gegen den Lohnraub von Staat und Unternehmer, wir empfehlen euch gutes Einverständnis mit der Strasgewalt; wenn der Faschismus loslt, so antworten die SP-Führer auf die Lebensfragen des Proletariats.

Sie drohen mit Worten und helfen in der Tat dem bankrotten Kapitalismus, sich auf Kosten der proletarischen Bevölkerung zu sanieren.

Sie fürchten Rechenchaft abzulegen vor der Arbeiterklasse, die sie in dieses Chaos geführt haben. Sie fürchten die Macht der einigen, revolutionären, kämpfenden Arbeiterschaft.

Sie organisieren nicht den Kampf, der zum Siege des Proletariats führt, sondern organisieren Bettelstuppen und Almosen.

Die sozialdemokratischen Führer sind das größte Hindernis zur Verwirklichung der proletarischen Einheit. Die sozialdemokratische Partei ist die Partei des Klassenverrats.

Und trotzdem folgen noch hunderttausende Arbeiter in Oesterreich, wenn auch viele mit Widerwillen dieser Partei. Warum?

Warum konnte Otto Bauer, ohne den Sturm der Entrüstung die e. hunderttausenden hervorzurufen am Grazer Parteitag ohne es offen auszusprechen eingestehen, daß der Reformismus bankrott gemacht hat. Damit hat die Sozialdemokratie „die frchtbare Bestätigung der alten marxistischen Lehre“ ausgesprochen, jener Lehre, die Lenin, Luxemburg, Liebknecht und Trotzki dem Proletariat gelehrt haben, auf deren Fundamente die kommunistische Internationale gegründet wurde.

Warum stimmen diese sozialdemokratischen Arbeiter Otto Bauer zu, wenn dieser heute, nach dem Bankrott einer Theorie vom stabilen ten Kapitalismus, der im Wege der demokratischen Abstimmung friedlich in den Sozialismus übergeleitet werden sollte — gegen die kommunistische Partei Oesterreichs Stellung nimmt?

Warum folgen die sozialdemokratischen Arbeiter nach all den grausamen Enttäuschungen mit der br-

gerlichen Demokratie, neuerlich Otto Bauers Perspektive vom Staatskapitalismus?

Warum verhrrt das klassenbewußte Proletariat angesichts des in allen Balken morschen Kapitalismus, angesichts der rebellierenden Bauern und der labiate Mittelstnder, angesichts der ansteigenden faschistischen Flut in Ruhe, statt an der Spitze der Werktätigen in Stadt und auf dem Lande gegen den Kapitalismus zu marschieren?

Darauf geben wir linken Kommunisten die Antwort. Weil unsere Partei, die KPOe, in diesen 13 Jahren Demokratie versagt hat. Geschichtsschreiber werden uns rechtgeben, wenn wir sagen, die Politik des stalinistischen Zentralkomitee in der Vergangenheit gleicht einem panoptikumschen Kuriosum.

Ahenteurertum, Opportunismus, Schwanzpolitik und Unfähigkeit ergänzen einander. Die „Theorie“ vom Sozialfaschismus, die liquidatorische RGO-Taktik, die unmarxistische Einschätzung der Rolle des Reformismus und der Klassen und Parteien, das Hin-aufflizieren der bürgerlichen Demokratie zur „faschistischen Diktatur“, das bürokratische Parteiregime, all das, ermöglicht Otto Bauer seine vergangene und gegenwärtige Politik, erklärt die Stimmung der Hunderttausenden.

Ist es nicht ein halbes Selbstkenntnis zum Bankrott seiner Politik in der Vergangenheit, wenn das Plenum des ZK am 15. und 16. November feststellt: „berum jetzt die kommunistische Partei zu einem politischen Faktor im Leben der sterreichischen Arbeiterklasse zu werden. Letztlich ist für uns in Oesterreich die Gelegenheit gekommen, zu einer Massenpartei zu werden. Und doch geht es uns noch zu langsam!“

Was jetzt (man beachte das Wort „jetzt“), wo die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats, die Organisierung des Kampfes um den Sieg des Kommunismus auf der Tagesordnung steht, geschehen soll, das war die Aufgabe der vergangenen Periode, der vergangenen 13 Jahre. Wie traurig war es um diese Partei bestellt, die jetzt, wo sie bereits die autoritative Führerin der Werktätigen sein soll, erst „ein Faktor im Leben der Arbeiterklasse wird.“

Partei des revolutionären Hoffens für die Werktätigen zu werden, oder weiterhin Partei der zentristischen Ohnmacht zu sein, das ist die Frage, um die der Kampf

zwischen der stalinistischen Parteibrokratie und der linken Opposition geht.

Was gedunkt das ZK zu tun, um die gestellte Aufgabe — Massenpartei zu werden — zu erfüllen?

Dazu sagt die „R. F.“: Das ZK unterstrich die Notwendigkeit einer verstärkten Anwendung der Einheitsfronttaktik . . . und „wird jetzt dazu übergehen, bestimmte Schritte zur Organisierung der antifaschistischen Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern und Schutzbndlern zu unternehmen, so sehr dies auch ihren Führern mifllen möge“.

Also, das ZK wird genau das zu tun gedunken, was die Linke Opposition, was die „Mahnruf“ seit mehr als einem halben Jahr im erbittertesten Kampfe fordert. Das ZK wird jene Linie beschreiten, die von den stalinistischen Jünglingen als „sozialdemokratisch, faschistisch und direkt konterrevolutionr“ bezeichnet wurde. Damit ist noch lange nicht gesagt, daß alles getan ist, was not tut, um die Partei zum Siege zu führen. Es wird vor allem abhängen, wie das ZK die Einheitsfronttaktik anwendet.

Auf die brennendste Frage aber gibt das ZK nach wie vor keine Antwort. Otto Bauer empfiehlt dem Proletariat den „Gehinnungssozialismus“, statt Kampf um Arbeit und Brot. Abwarten den „Zusammenbruch“, sagt er, und meint durch Unterstützung der Hungersanierung, diesen zu verhindern. Keine Linderung der Massennot, solange die Revolution im Auslande nicht gesiegt hat, sagt Otto Bauer, und meint damit, die Revolution überhaupt zu verhindern.

Darauf muß die KP eine konkrete Antwort geben. Sie muß dem Proletariat zeigen, daß es nicht nur möglich, sondern notwendig ist, für die Linderung der Krise auf Kosten der Besitzenden zu kämpfen. Das Wiener Arbeitsbeschaffungs- und Notstandsprogramm ist, so sehr wir es begrüßen, daß man es im Sinne der Kritik der Linksoption korrigierte, noch weit davon entfernt, auf diese brennendste Frage Antwort zu geben.

Otto Bauer vertröstet auf den „kommenden Zusammenbruch“, wir Kommunisten müssen auf Tagesfrage — Arbeit und Brot — Antwort geben, um nicht als revolutionäre Vertrster ebenso von der Flut der Ereignisse hinweggefgt zu werden, wie in der Vergangenheit.

Die Massen hungern, die Lawine der Arbeitslosigkeit rollt, die Bauern revoltieren, die faschistische Flut hat Oberwasser.

Mit Frsorgeforderungen allein kommen wir dem Tagesproblem — Arbeit und Brot — nicht bei.

Einzig und allein die Enteignung des parasitären Kirchenvermögens, des Vermögens der Habsburger und der faschistischen Putschfhrer kann

grig Arbeit und Brot dem Proletariat geben, durch Elektrifizierung der Bahnen, Bau von Straen, Brücken, Wohnhäusern usw. Aus diesen Mitteln muß in grzgiger Weise der Export nach Sowjetrundland gefördert und durch ein Wirtschaftstndnis gefestigt werden.

Beschlagnahme des Grund und Boden des Adels der Großgrundbesitzer; seine Aufstellung unter den armen Bauern und Landarbeitern. 7 Stundentag bei gleichen Lohn.

Das sind die Forderungen, die in der gegebenen Lage den Werktätigen in Stadt und auf dem Lande einen Ausweg zeigen. Das sind jene Forderungen, die den Nebel, den die SP-Führer um das Proletariat verbreiten, zerfetzen und den Werktätigen einen Ausblick, eine greifbare und sofort zu verwirklichende Linderung der Arbeitslosigkeit und Not gewährleisten.

Das sind die Argumente, die „den Suppenlogik und den Kndelgrnden“ der hungernden Arbeitslosen, der gedrückten Betriebsarbeiter einleuchten werden. Mit ihnen allein ist dem Otto Bauerschen „Gehinnungssozialismus“ beizukommen.

Die Massen der Werktätigen haben genug der Worte, sie wollen Arbeit und Brot, sie wollen Taten sehen.

An den revolutionären Arbeitern liegt es, den Kampf der linken Opposition zu unterstützen, die KPOe auf den richtigen Weg zu bringen.

Krieg in Ostasien

Weit entfernt davon, seine Truppen aus der Mandchurei zurückzuziehen, beginnt Japan ohne Kriegserklärungen einen regelrechten Krieg in Nordchina. Städte werden bombardiert, Eisenbahnliesen besetzt, Japan-freundliche Regierungen werden in der Mandchurei gebildet. England entsendet bereits Truppen nach Ostasien, während Amerika sich vorläufig mit einem Beobachter in der Mandchurei begnügt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich bei dem mandchurischen Konflikt um einen typischen imperialistischen Ueberfall handelt, wie sie in der Praxis im Kleinen in den Kolonien täglich vorkommen, vor allem in Marokko und in Tripolis. Aber in Ostasien handelt es sich nicht um einen kleinen Bergstamm, sondern um ein Gebiet, das 35 Millionen Einwohner hat und zu den reichsten Provinzen Chinas gehört. Die Herrschaft über dieses Gebiet würde Japan eine ungeheure Vormachtstellung in Asien geben.

Die Regierung von Nanking benutzt den japanischen Ueberfall, um sich als die wahre Hüterin der Unabhängigkeit Chinas darzustellen. In Wirklichkeit hat in erster Linie die Schwächung Chinas durch die Konterrevolution von Nanking, der Vernichtungskrieg gegen die Arbeiter- und Bauernbewegung, Japan den räuberischen Ueberfall ermöglicht.

Die nationale Unabhängigkeit Chinas kann nicht durch die konterrevolutionären Schergen Tschangkaitscheks verteidigt werden, sondern nur durch die vereinte Arbeiter- und Bauernmacht, die mit der Beschtigung der sozialen

Knechtschaft erst den chinesischen Arbeiter und Bauern das Vaterland erobert, das er verteidigen kann.

Die Kommunisten sind die erbittertesten Gegner des japanischen Imperialismus, aber sie werden nicht Buffrieden mit Tschangkaitschek im Kampf mit Japan machen, sondern ihren Kampf gegen das Blutregime erst recht steigern, um den japanischen Imperialisten ein befreites Volk in Waffen entgegenzustellen.

Für die Sowjetunion bedeutet das Eindringen Japans in die Mandchurei eine sehr ernste Gefahr und es ist sehr wahrscheinlich, daß ein Krieg im fernen Osten die USSR auf das stärkste berühren müßte. Das allein zeigt der internationalen Arbeiterklasse, wie groß die Gefahren sind, die drohen und wie groß das Verstummen der Komintern ist, die das internationale Proletariat nicht gleich vom Anbeginn alarmiert hat.

Schon bringt das japanische Miler in die russische Interessensphäre vor und hat Taktiker, das an der russisch-chinesischen Ostbahn liegt, gewolltem besetzt. Damit ist Sowjetrundland droht vom japanischen Imperialismus heranzufrdert werden. Die Arbeiterklasse der ganzen Welt muß die Provokation des japanischen Imperialismus und seiner Hintermänner mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. Die Sowjetunion ist in Gefahr. Es gilt die internationale Solidarität mit der Oktoberrevolution durch die revolutionäre Tat zu bekunden: Hände weg von Sowjetrundland!

Marodeure des Klassenkampfes

Zum Grazer Parteitag der SPÖ.

Schon am Vorabend des Grazer Parteitages, am 13. Jahrestag der Republik, brachte die „Arbeiter-Zeitung“ einen perspektivischen Artikel Otto Bauers, wo dieser, in den Grundzügen, sein Referat am Parteitag vorwegnahm.

Kurz zusammengefaßt sagt dieser Artikel und sein Referat am Parteitag, daß trotz aller Sanierung bei Roten, Staat, Länder und Gemeinden, trotz der Devisenverordnung und dem allgemeinen Lohnraub (wobei die SP. aktiv und passiv mitgewirkt hat), die Wirtschaftskrise in eine akute Krise hineintreibt. „Jede akute Wirtschaftskrise schlägt aber in eine akute soziale und politische Krise um. Der Kapitalismus kann nicht mehr leben — seine Auflösung stürzt die Arbeiterklasse in unerhörte Not. Der Kapitalismus kann noch nicht sterben — die Ungeduld der schwersten Not leidenden Massen harret schensüchtig der Stunde, in der er zu fallen sein wird. Die Stunde ist noch nicht da. Aber sie wird kommen.“ („A.-Z.“ vom 12. Nov.)

Daraus schlußfolgert Otto Bauer, indem er auf den Zusammenbruch der Monarchie von 1918 hinweist und jedes revolutionäre „Experiment“ scharf ablehnt, daß die Zeit kommen werde, wo die bürgerliche Regierung nicht mehr weiterkönnen und „die Uebernahme der Führung der Republik durch die Sozialdemokratie“ kommen werde.

Und so wie die Sozialdemokratie 1918 durch soziale Gesetze und politische Reformen das kapitalistische System gerettet hat, so plant sie 1931 oder 1932 durch „wirtschaftliche Reformen“ dieses System vor dem revolutionären Ansturm des Proletariats zu retten. Durch Monopolisierung von Getreide, Zucker, Benzin, Kohle und planwirtschaftlicher Verwaltung dieser Monopole, sowie Förderung der Viehzucht und Verstaatlichung der Rothschildbank, verspricht Otto Bauer über den Staatskapitalismus zum Sozialismus zu gelangen.

Nach der politischen Rettung des kapitalistischen System im Jahre 1918 soll die ökonomische Rettung im Jahre 1932 erfolgen. Die Sozialdemokratie bleibt sich ihren Grundsätzen treu, sie ändert nur ihre Methoden. Ebensoviele wie die bürgerliche Demokratie von 1918 nicht zum Sozialismus, sondern zum Faschismus führte, kann der Staatskapitalismus Otto Bauers nicht den Kapitalismus von seinen Widersprüchen befreien, die immer wieder zur Krise führen.

Der Kapitalismus (auch Staatskapitalismus) bleibt Kapitalismus, solange der gesellschaftliche Produzent, d. h. die Arbeiterklasse, nicht Eigentümer der gesellschaftlichen Produktionsmittel und Produktionsbedingungen ist. Selbst Kautsky schrieb 1899, als er noch Marxist war:

„Seitdem David (deutscher Revisionist. Anm. d. R.) in der Tarifgemeinschaft ein Stück Sozialismus entdeckt hat, muß man darauf gefaßt sein, daß manche unserer Genossen überall in der heutigen Gesellschaft Sozialismus finden, in jedem Unratskanal und jedem öffentlichen Pissior. Sollte diese allerdings sehr gefahrlose und bequeme Methode, die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische zu verwandeln, populär werden, dann würde es Zeit, daß die Sozialdemokraten zum Unterschied von dieser Sorte Sozialisten sich wieder Kommunisten nennen, wie die Verfasser des kommunistischen Manifestes es getan.“

Wir Kommunisten sind es, die der Arbeiterklasse unaufhörlich nachweisen, daß der erste Schritt zum Sozialismus die Eroberung der politischen Macht und Enteignung der Kapitalistenklasse ist. Die Arbeiterklasse von diesem entscheidenden Schritt abzuhalten, ist der Sinn des Grazer Parteitages. Hier schreckt Otto Bauer nicht davor zurück, Lenin als Zeugen anzurufen und sagt: „Ich glaube nicht, daß sich heute eine revolutionäre Diktatur in Oesterreich, auch nur 14 Tage, behaupten kann, ... solange die Revolution nicht rings um uns durch andere Länder geht.“ Die geknebelte Arbeiterklasse Ungarns und der schwach industrialisierten Balkanländer soll vorangehen, damit Herr Otto Bauer an die Führung der R.p.blik kommt, damit er in Wien, als Vorposten der „westlichen Kultur“, die östliche Gefahr, den Bolschewismus, abwehren kann. Wenn Otto Bauer von Oesterreich spricht, tut er so, als ob Oesterreich allein vor dem Zusammenbruch stünde. Er übersieht absichtlich, daß östlich vom Rhein ein einziger revolutionärer Herd ist, der nur an einem Punkt zum Durchbruch gelangen braucht, um wie Feuer auf ein Oelfeld zu wirken. Ebenso, wie die internationale Bank- und Kreditkrise in Wien ihren Ausgang nahm, so würde der revolutionäre Sturm der österreichischen Arbeiterklasse das Signal zu ein Losschlagen in Mittel- und Osteuropa sein.

Und gerade das ist es, was der Grazer Parteitag verhindern will. So wie im Weltkrieg versucht die Sozialdemokratie, bis zum letzten Augenblick alles, um den Massensturm, den Ausbruch der „sozialen und politischen Krise“ zu verhindern. War sie es nicht, die den Jännerstreik (1917) abgewürgt hat? War es nicht Ebert und Scheidemann, die noch im letzten Moment in eine kaiserliche Regierung einzutreten bereit waren. Hat nicht die „internationale“ Sozialdemokratie direkt und indirekt den Krieg toleriert, wie heute das Diktaturregime Brünnings, die imperialistische Politik Laval-Briands, das Blutregime von Hortly und die Rothschildsanierung in Oesterreich? Vom Stämmen für die Kriegskredite bis zum Stämmen

für die Sanierungsgesetze der Bourgeoisie führt ein Weg. Dieser Weg hat aber vom Proletariat unvergleichlich mehr Opfer gefordert, als zwei Jahre Bürgerkrieg in Rußland. Wenn die Sozialdemokratie heute den Eintritt in die Regierung ablehnt, so nur deshalb, um morgen, so wie 1918, den revolutionären Massenwillen durch scheinrevolutionäre Maßnahmen von den wirklich revolutionären Aufgaben abzulenken.

Otto Bauer beruft sich auf Lenin, um darzutun, daß in Rußland durch den Ausgang des Krieges sowie die ungelöste Agrarfrage die Machtergreifung begünstigt wurde, welche Voraussetzung — seiner Meinung nach — heute in Westeuropa nicht gegeben sei. Wahr ist, daß Lenin, mit Rücksicht auf die spezifisch russischen Verhältnisse im Jahre 1917 im Vergleich mit Westeuropa der Nachkriegszeit lehrte, daß in Rußland die Behauptung der Macht gegen den Ansturm der vom internationalen Kapital unterstützten Konterrevolution die schwierigere Aufgabe war, wogegen in Westeuropa der Kampf um die Macht weit erbittertere Kämpfe erfordern werde, als im Oktober 1917 in Rußland. Umso mehr Klassenverrat übt die Sozialdemokratie, indem sie die Arbeiterklasse auf den kommenden Zusammenbruch verbrüstet, statt den Entscheidungskampf revolutionär vorzubereiten. Um vor den Arbeitern ihre gegenwärtige Tolerierungspolitik gegenüber der Regierung sowie die Kapitulationspolitik der Gewerkschaften vor den Lohnraubdikktanten von Staat und Unternehmern verweisen zu können, andererseits, um jeden Widerstand der Arbeiter gegen den Hungerkurs der Bourgeoisie aller Länder niederzuhalten, um jeden revolutionären Kampf gegen den drohenden Faschismus zu verhindern, haben die Reformisten durch ihren Apostel Henrik de Man eine neue Lehre verkünden lassen, die Otto Bauer auch den österreichischen Arbeitern empfiehlt, wenn ihnen der Magen kracht vor Hunger. Es ist die Lehre vom „Gesinnungsozialismus“ gegen den Interessensozialismus. „Genossen“, sagt Otto Bauer, „es ist jetzt eine schlechte Zeit für den Interessensozialismus. Denn unter dem Druck der Krise ist die Arbeiterpartei und sind die Gewerkschaften heute vielfach nicht imstande, diesen entsetzlichen Druck abzuwehren, nicht im Lande, den Menschen neue Beherung ihrer Lage zu bringen.“

Darin liegt das Geheimnis der austromarxistischen Perspektive. Wie zwei Fliegen auf einen Schlag treffen? Unter allen Bedingungen die kapitalistische Wirtschaft über diese Krise hinweg zu helfen, den revolutionären Massenwiderstand vereiteln und gleichzeitig, wenn die revolutionäre Welle trotzdem, unaufhaltsam ihren Weg bahnt, vor den Arbeitermassen als antikapitalistisch zu erscheinen, um sie mit ökonomischen Scheinmaßnahmen in einen greisenhaften Staatskapitalismus zu führen.

Es erübrigt sich fast, festzustellen, daß von allen Theorien und Perspektiven seit 1918, auf die die Sozialdemokratie ihr Politik aufgebaut hat, diese Perspektive Otto Bauers, am schmächtigsten zusammenbrechen und bankrott machen wird. Sie ist der Begräbnischor des Austromarxismus.

Es wäre aber völliges politisches Versagen, wollten wir Kommunisten die Wirkung der neuen Perspektive des Austromarxismus unterschätzen oder gar nur agitatorisch abtun. Hielt der Austromarxismus 1918—30 die Arbeiter mit dem Hinweis auf die ausländische Konterrevolution vom revolutionären Massenkampf gegen das kapitalistische System zurück, so hofft er sie, ab jetzt, mit dem Hinweis auf die kommende revolutionäre Welle im Ausland, die es abzuwarten gelte, vom revolutionären Massenwiderstand gegen die Hungersanierung zurückzuhalten. Und somit die entscheidende Voraussetzung für das Heranreifen der akuten sozialen und politischen Krise im Keime zu ersticken. Die akute revolutionäre Krise, der „Zusammenbruch“, kommt nicht von selbst, einseitig durch das ökonomische Chaos. Die akute revolutionäre Krise erwächst aus dem revolutionären Massenwiderstande gegen den drohenden Faschismus und dem revolutionären Willen, unter den gegebenen Verhältnissen nicht länger leben zu wollen. Die Perspektive Otto Bauers ist der Teppich, auf dem der Faschismus seinen Weg zur Macht nimmt. Hier muß der Kommunismus, will er seine Aufgabe erfüllen, einsetzen.

Stalinismus oder Leninismus?

Wenn es dem Zentrismus nicht gelang, das Programm der Linken wirklich durchzuführen, so deswegen, weil jede erste, grundlegende Wendung nur durch die Heranziehung der Arbeiterklasse selbst, also auf dem Weg der Arbeiterdemokratie, möglich ist. Richtige Ideen und Parolen, vom bürokratischen Apparat übernommen und ohne schöpferische Initiative und Kontrolle der Arbeiterklasse, vor allem der proletarischen Masse in der Partei, durchgeführt, verwandeln sich im Prozeß bürokratischer Durchführung in ihre eigene Karikatur. Leo Trotzki.

Absolutum.

Wir erinnern unsere rückständigen Provinzabonnenten, das fällige Abonnement baldigst einzusetzen. Damit wir in der Lage sind, das große Format des „Mahnruf“ ausrecht zu erhalten.

Nichts gelernt und alles vergessen

Nicht ohne tiefes Erstaunen wird der marxistisch geschulte revolutionäre Arbeiter, dem das Blatt Freys in die Hand fällt, die klägliche Entwicklung verfolgen, die die Gruppe um Frey einschlägt. Wir haben, wie allgemein bekannt, Frey niemals für einen vollentwickelten Kommunisten gehalten. Wir haben bereits seit mehr als einem Jahr seine rasch fortschreitende Rückentwicklung vom Kommunismus zur radikalen Phrase wildgewordener Philisterei konstatiert. In letzter Zeit nimmt diese Rückentwicklung aber Formen an, die die Gruppe Frey zu einem hantwurstähnlichen Faktor in der österreichischen kommunistischen Bewegung machen.

Nehmen wir die Stellung Freys zur Sowjetmacht. Nach Frey herrscht in Rußland der russische Nationalsozialismus, die russische Abart des deutschen Nationalsozialismus, faktisch also, da der deutsche Nationalsozialismus nichts anderes als Faschismus ist — der Faschismus? Welche Klasse ist der Träger dieses „russischen Faschismus“? Frey antwortet auf diese Frage sehr klar: „In Rußland herrscht der bürokratische Absolutismus. Herr über das Eigentum an den Betrieben und am Grund und Boden ist die Bürokratie. Sie ist Herr über Partei und Staat.“ (Arbeiterstimme Nr. 87.)

Was besagt diese Auffassung? Nichts anderes, als daß sich in Rußland friedlich eine neue herrschende Klasse herausgebildet hat, neue Eigentumsverhältnisse, neue politische Herrschaftsformen, eine neue Ideologie der neuen herrschenden Klasse (Nationalsozialismus) usw. Es ist klar, daß diese neue besitzende Klasse der internationalen Revolution feindlich gegenübersteht und so berichtet uns Frey auch, daß „Stalin gegen die internationale proletarische Revolution ist“.

Wir haben es hier augenscheinlich um eine groteske Karikatur des Standpunktes der internationalen Fraktion der Bolschewiki-Leninisten zu tun und man greift sich an den Kopf, wenn man nach solchen Ergüssen im gleichen Artikel von Frey hören muß, daß er für die „Rettung der Sowjetmacht“ ist! Nicht verwunderlich dagegen ist, daß dieser hilflose Kleinbürger, dem die elementarsten Grundsätze des revolutionären Marxismus ein Buch mit 7 Siegeln sind, diese Rettung nicht von den revolutionären russischen Arbeitern erwartet, sondern — man halte an sich — davon, daß „Teile der Stabbürokratie in letzter Minute mithelfen werden, das Steuer vor dem Abgrund umzulenken“. Russischer Faschismus, die Bürokratie als herrschende Klasse auf der einen Seite — die Rettung der Sowjetmacht durch Teile dieser neuen Klasse, des „russischen Nationalsozialismus“ auf der anderen — dieser Galimatias findet in der Literatur der Arbeiterbewegung kaum seinesgleichen!

Wir wollen in diesem Zusammenhange nicht einen Abriss der gegenwärtigen Lage der russischen Revolution geben, das wird in anderem Zusammenhange erfolgen. Wir verweisen nur die revolutionären Arbeiter warnend auf die schreienden Widersprüche in den konfusen Fieberphantasien dieses wildgewordnen Kleinbürgers, dessen Wirkung in der Arbeiterbewegung eine zersetzende ist.

Dort aber, wo Frey über Fragen des Klassenkampfes in Oesterreich spricht, dort entpuppt er sich als das, was er stets war: als waschechten Liquidator! So schreibt er jetzt, das Ziel der Arbeiter sei „eine Regierung der Arbeiter und der notleidenden Bauern. Diese Regierung wird sich stützen müssen auf den Arbeiterrat, welchen die Arbeiterschaft im Verlaufe des Kampfes bilden müssen.“ Man verzeihe uns die unbescheidene Frage: wo kommen wir zu dieser Regierung? Wodurch unterscheidet sie sich von der proletarischen Diktatur? Ihr Programm, antwortet uns Frey, ist „die notleidenden Massen in Stadt und Dorf zu sanieren auf Kosten der Bourgeoisie“. Mit Verlust: warum? Die sozialistische Neugestaltung der Gesellschaft ist nicht das Programm dieser Regierung? Man erkennt, was Frey hier sehr vorsichtig verkündet: es ist die Arbeiter- und Bauernregierung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, die sich noch kein sozialistisches Programm setzt und die nicht das Ergebnis der proletarischen Machtergreifung ist — das alte opportunistische Spiel, das theoretisch auf den 1. Weltkongreß zurückgeht und das 1923 in Deutschland und 1926/27 in China die Revolution zugrunde gerichtet hat.

Damit ist Frey wieder glücklich auf seine Ausgangsposition von 1923 zurückgesunken, auf die alte ultrabrandlerische Linie, nur jetzt verklärt durch internationale Fieberphantasien. — Nein, mit dem revolutionären Marxismus, mit unserem internationalen Kampf hat Frey nichts gemein, weder organisatorisch, noch weniger ideell.

Friedrich Engels über Staatskapitalismus

„Es ist aber neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser falscher Sozialismus aufgetreten und hier und da sogar in einige Weltkrieger ausgeartet, der jede Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt. Allerdings, wäre die Verstaatlichung des Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter den Gründern des Sozialismus. Wenn der belgische Staat aus ganz alltäglichen politischen und finanziellen Gründen seine Hauptisenbahnen selbst baute, wenn Bismarck ohne jede ökonomische Notwendigkeit die Hauptbahnen Preußens verstaatlichte, einfach um sie für den Kriegsfall besser einzurichten und auszunützen zu können, um die Eisenbahnbeamten zum Regierungsgestimmrecht zu erziehen und hauptsächlich, um sich eine neue, von Parlamentsbeschlüssen unabhängige Einkommenquelle zu verschaffen — so waren das keineswegs sozialistische Schritte, direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt. Sonst wären auch die königliche Seehandlung, die königliche Porzellanmanufaktur und sogar der Kompagniescheider beim Militär sozialistische Einrichtungen.“

Leset u. verbreitet den „Mahnruf“

Jesuitische Lügen

Die „Rote Fahne“ schändet die Geschichte der Oktoberrevolution.

Am 14. Jahrestag der Oktoberrevolution glaubten die demoralisierten Stahlfeldwebels ihre besondere Befähigung als hündisch-erbegabene Kreaturen des Meisters demonstrieren zu müssen. Und so haben sie, nach dem Beispiele der Jesuiten, die um der Allmacht des Papstes willen vor keiner Geschichtsfälschung zurückbeugen, einen historischen Brief Lenins vom 6. November 1917 an das ZK der Bolschewiki veröffentlicht und mit folgender Einleitung versehen:

„Mit dem untrüglichen politischen Blick des übertragenden revolutionären Führers hat Lenin den Zeitpunkt des Aufstandes erkannt und gegen die offenen Gegner des Aufstandes, Sinowjew und Kamenew wie auch gegen Trotzki, der seine Gegnerschaft hinter dem Vorwand, man müsse den Sowjetkongreß abwarten und durch ihn die Sowjetregierung proklamieren lassen, versteckte, für die Durchführung des Aufstandes gekämpft.“

Es ist klar, daß diese politische Brunnenvergiftung den jungen Parteikadern gilt. Genau diese Position, in die die Trotzki in den Augen der jungen Parteikadern fälschlich gedrängt wird, nahm Stalin ein. Trotzki's ruhmreichstes Kapitel seines Lebens fällt in diese Periode, wo er im engsten Bunde mit Lenin gegen die „alten“ Bolschewiken, Kamenew und Sinowjew, in deren Hintergrund Stalin ab-

Nach der Ergreifung der Macht.

„Und was wird sein“, fragte mich Wladimir Iljitsch unvermittelt in jenen ersten Tagen, „wenn die Weißgardisten Sie und mich umbringen; können dann Swerdlow und Bucharin fertig werden?“

„Vielleicht werden sie uns auch nicht umbringen“, antwortete ich lachend.

„Der Teufel kennt sie“, sagte Lenin und lachte selbst.

Diese Episode habe ich in meinen Erinnerungen über Lenin im Jahr 1924 zum erstenmal wieder gegeben. Wie ich später erfuhr, fühlte sich das damalige „Trio“, Stalin, Sinowjew und Kamenew, durch diese Mitteilung blutig gekränkt, wagten aber nicht, ihre Richtigkeit zu bestreiten. Eine Tatsache bleibt eine Tatsache: Lenin erwähnte damals nur Swerdlow und Bucharin. Andere Namen kamen ihm nicht in den Sinn.

Seine Beziehung zu mir während des Jahres 1917 machte einige Studien durch. Lenin empfing mich zurückhaltend und abwartend. Die Julitage brachten uns plötzlich einander näher. Als ich, gegen die Mehrheit der führenden Bolschewiki, die Partei des Protokolls des Vorkongresses aufstellte, schickte Lenin aus seinem Versteck: „Bravo Genosse Trotzki!“ Nach einigen zufälligen und irreführenden Anzeichen schien es ihm dann, daß ich in der Frage des bevorstehenden Aufstandes eine zu abwartende Linie verfolgte. Diese Befürchtung fand ihren Ausdruck in einigen Briefen Lenins während des Monats Oktober. Um so klarer, wärmer und herzlicher hatte sich seine Stellung zu mir an Tage des Umsturzes geäußert, als wir in dem halbdunklen leeren Zimmer auf dem Fußboden ausharrten. Am andern Tag, in der Sitzung des Zentralkomitees der Partei, schlug Lenin vor, mich zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommission zu wählen. Ich sprang protestierend von meinem Platze auf — dermaßen unerwartet kam und unangebracht schien mir der Vorschlag. „Weshalb denn nicht?“ beharrte Lenin. Sie standen an der Spitze des Petrograder Sowjets, der die Macht ergriffen hat.“ Ich beantragte, den Vorschlag ohne Diskussion abzulehnen. So wurde es auch gemacht. Am 1. November rief Lenin während der heißen Debatten im Petrograder Parteikomitee aus: „Es gibt keinen besseren Bolschewiken als Trotzki!“ Diese Worte bedeuteten in Lenins Munde viel. Nicht zufällig wird das Protokoll der Sitzung, in der sie gesagt wurden, bis jetzt vor der Öffentlichkeit geheimgehalten.

Aus „Mein Leben“ von Leo Trotzki.

wartend stand, nicht nur für die Machtergreifung kämpfte, sondern ihr Organisation war.

Lassen wir den Augenzeugen der Oktoberrevolution sprechen:

„Am 23. Oktober tagte das Zentralkomitee die ganze Nacht. Anwesend waren alle Intellektuellen der Partei, die Führer und die Delegierten der Petrograder Arbeiter und der Gabeln. Von den Intellektuellen waren nur Lenin und Trotzki für den Aufstand. Selbst die Militärkomitee lehnten ihn ab. Es wurde eine Abstimmung vorgenommen und der Aufstand verworfen.“

Da eroberte sich mit unversäuerter Zägen ein Arbeiter: „Ich spreche für das Petrograder Proletariat“, stieß er raus hervor. „Macht, was ihr wollt. Aber das eine sage ich Euch, wenn ihr gestattet, daß die Sowjets auseinandergejagt werden, dann sind wir mit Euch fertig.“ Einige Soldaten schlossen sich dieser Erklärung an ... Eine zweite Abstimmung wurde vorgenommen und — der Aufstand beschlossen.“

(John Reed: „Zehn Tage, die die Welt erschütterten.“) Und was sagen die wenigen alten Kommunisten, die noch in der Partei verblieben und nicht korumpiert sind, zu dieser Schamlosigkeit der „R. F.“? Einer unserer Genossen machte einen alten aktiven Kommunisten auf diese Geschichtsfälschung aufmerksam und fragte ihn, was er dazu sage? Darauf gab dieser resigniert zur Antwort: „Was kann man dagegen tun?“

Gibt es noch einen betrüblicheren Beweis dafür, wie die Bürokratie die Partei kuebelt, sie an der Gurgel hält und sie demoralisiert? Die Partei ist ein großes Durchhaus,

in das revolutionär gesinnte Arbeiter voll Hoffnung hineingehen und es auf der anderen Seite hoffnungslos verlassen. Um die frischen Kadern muß der Kampf entbrennen, will die Linksoption ihre Aufgabe erfüllen.

Frühliche Erfolge unserer Berliner Genossen! Freigewerkschaftliche und Versammlungen revolutionärer Verbände für die Rückberufung des Genossen Trotzki.

Wir erhalten: soeben die Nachricht aus Berlin, daß auf Initiative unserer Berliner Genossen die freie Gewerkschaft der Schuhmacher von Groß-Berlin auf einer Generalversammlung nahezu einstimmig eine Resolution angenommen hat, die von der Sowjetregierung die Rückberufung des Gen. Trotzki fordert.

Eine ähnliche Resolution wurde von der Mitgliederversammlung des revolutionären Bauarbeiterverbandes in Berlin, Bezirk Gesundbrunnen (IVföB) gegen einzelne Stimmen angenommen. Unsere Berliner Genossen setzen die Kampagne fort, die jetzt auch von den Organisationen im Reich aufgenommen wird. Mögen unsere Wiener und Grazer Genossen dieses Beispiel nachahmen!

Für revolutionäre Einheitsfront unter Führung der KPD.

Auf Antrag unserer Berliner Genossen hat die freie Gewerkschaft der Schuhmacher auf ihrer Generalversammlung den Beschluß gefaßt, den ADGB zum Austritt aus dem reaktionären Wirtschaftsbeirat aufzufordern und die KPD aufgefordert, alle Arbeiterorganisationen unter ihrer Führung zu einer antifaschistischen Einheitsfront aufzurufen. Wir werden werden über diese bedeutungsvolle Aktion unserer deutschen Genossen ausführlich berichten.

Zur Rede Stalins.

Von Leo Trotzki.

(Schluß.)

Im Wege individueller Offenbarung.

Die neue Politik wird angekündigt, wie die gestrige verkündet worden war: im Wege individueller Offenbarung. Wir erfahren von Stalin, daß man zur Fünftagewoche „allschnell, ohne Vorbereitung der entsprechenden Bedingungen“ übergegangen war. Welche Resultate erhielt man? Stalin muß sie bezeichnen als „Fehlen des Verantwortungsgefühls für die Arbeit, fahrlässiges Verhalten dem Mechanismus gegenüber, massenhafte Beschädigung der Werkbänke und fehlenden Antrieb zur Hebung der Arbeitsproduktivität“. Stalin verallgemeinert dies alles in einem Satz: „Niemand will für etwas die Verantwortung tragen.“ Ein mörderisches Bekenntnis. Besser: ein selbstmörderisches Bekenntnis. „Niemand will für etwas die Verantwortung tragen.“ So pilgert es stets zu sein, wenn einer für alle die Verantwortung tragen will.

Die Fünftagewoche war zu richtig eingeführt worden. Wer aber hat sie eingeführt? Das Generalsekretariat. Hat man die ununterbrochene Woche unter den Arbeitermassen vor der Einführung diskutiert? Nicht die geringste Spur. Alles ist im Stillen vorbereitet worden. Die Massen begrüßten die ununterbrochene Woche „mit Entzücken“, wie die Dienstleistungen meldeten. Geht denn jetzt die Sache anders vor sich? Haben doch noch bis zum gestrigen Tage all die Nöte, von denen Stalin nachträglich spricht, keinerlei Behandlung in der Presse gefunden. Wir haben schon mehr als einmal gesagt und geschrieben, daß bei der Stalinschen Bürokratie alles ausgezeichnet geht, noch fünf Minuten bevor sie schlecht zu gehen beginnt. Während er die verderblichen Folgen der bürokratischen „Ununterbrochenen“ aufzählt, berührt Stalin gleichsam nebenbei die schmerzhafteste und gefährlichste Frage. „Man kann nicht zweifeln“, sagt er, „daß unsere Wirtschaftler all das genügend gut verstehen. Doch sie schweigen. Warum? Offenbar, weil sie die Wahrheit fürchten. Aber seit wann haben die Bolschewiki die Wahrheit zu fürchten begonnen?“ In diesen Worten erreicht der allgemein-bürokratische und der persönliche Stalinsche Zynismus seinen Höhepunkt. „Seit wann haben die Bolschewiki die Wahrheit zu fürchten begonnen?“ Seit jener Zeit, da der stumpfe, geistlose, ideenlose Stalinsche Apparat die Fraktion der Bolschewiki-Leninisten erdrosselt hatte. Omsau seit dieser Zeit! Die Wirtschaftler — nach Stalin — „fürchten die Wahrheit“. Welch treubruchige Formulierung! Nicht die Wahrheit fürchten sie, sondern für die Wahrheit zu leiden, denn Rakowsky, Sosnowsky, Muralow, Eltzin, Orinstein, Kasparowa, Kosior und mit ihnen Hunderte und Tausende der besten Bolschewiki — jene, die die Wahrheit nicht fürchten und für sie einzustehen wissen — fühlen Stalins Kerker und Verbannungs- und Ausweisungsorte. Hier liegt der Parteiknoten des Problems!

Mit der Zertrümmerung der Linksoption hat die Stalinsbürokratie die Partei erdrosselt. Es gibt nicht mehr jene lebendige, feinfühligere, geschmeidige und elastische Organisation, die eins mit den Massen lebt, alles sieht, alles beobachtet, alles kritisiert, alles verallgemeinert, rechtzeitig die Gefahren erblickt und kollektiv neue Wege ausarbeitet. „Nachdem die zentralistische Bürokratie die Partei erdrosselt hat, d. h. ohne Augen und Ohren geblieben ist“ sagt der Plattformwurf der internationalen Linksoption, „rückt sie tastend vor und bestimmt ihren Weg unter den unmittelbaren Stößen der Klassen, schwankend zwischen Opportunismus und Abenteuerum“. Noch mehr, innerhalb des Apparates selbst erreicht die Furcht des unteren Agenten vor dem oberen eine solche Spannung, wo niemand offen auf die Tatsachen zu blicken wagt und oben zu berichten, was er sah. Die unteren Glieder singen und beten den oberen Gliedern nach. Und die oberen Glieder nehmen dies Nachbeten und -singen für die Stimme des Lebens. Zur Aus-

arbeitung des Weges für die Durchführung der neuen Politik wird das Plenum der Zentralen Kontrollkommission zusammenberufen. Diesem Ereignis ist man eine ausnehmende Bedeutung zu verleihen besorgt, sientalen nicht nur die Mitglieder des ZKK., sondern auch die Vertreter der Kreisorgane und einer Reihe unterer Organisationen diesmal zusammenkommen. Mit anderen Worten, die höheren Beamten ziehen die niederen Beamten zum Beistande heran. Die einen wie die anderen sind von oben ernannt. Die einen wie die anderen sind durch Rangordnung und gegenseitige Haftpflicht gebunden. Und dieses Beamtentum wird als höchster Ausdruck der Demokratie ausgegeben!

Würde denn die neue schroffe Wendung der Politik nicht die Einberufung eines außerordentlichen Parteitagess rechtfertigen? Doch eben darin besteht ja die Sache, daß das Regime der individuellen Offenbarung (jedemal mit Verspätung von einigen Jahren) sich mit dem Regime der Parteidemokratie, sogar mit der Existenz selbst der Partei nicht verträglich. Sollten also doch „die Bolschewiki die Wahrheit fürchten?“ Der Name jenes Bolschewiken, der augenblicklich am meisten die Wahrheit fürchtet, ist — Stalin. Sonst würde er bei der neuen jähren Wendung nicht den Kongreß, d. h. die Partei fürchten.

Wir erhielten in den letzten Monaten eine Reihe von Briefen, die eine Anzahl von Gesprächen wiedergaben, insbesondere auch mit der Parteibürokratie von verschiedenem Grade der Verkörperung. In ihrer Mehrheit sind das furchtbar erschrockene Menschen. Sie sehen und verstehen vieles, doch ihr Wille ist gebrochen. Ihre Philosophie ist die Philosophie der Anpassung. Am häufigsten erklären sie uns: „Ihr sprecht vom Parteiregime. Es ist unbedingt drückend. Das anerkennen alle. Aber offenbar geht es nicht anders. Ohne eine eiserne Hand werden wir die Schwierigkeiten nicht überwinden. Eure Kritik an den Fehlern Stalins ist im allgemeinen richtig, und die Ereignisse werden sie letzten Endes bestätigen. Wir machen uns durchaus keine Illusion in bezug auf Stalin. Gewiß, er wird nicht die Sterne vom Himmel herunterholen; intellektuell ist dies ein mittelmäßig Mensch, theoretisch ungenügend vorbereitet, ohne breiten Horizont. Das fühlen wir nicht selten auf unserem eigenen Buckel. Doch er besitzt unersetzliche positive Eigenschaften: Härte, Widerstandsfähigkeit, Ausdauer. Ueberdies ist er mit dem Apparat verwachsen. Und was Sie auch sagen mögen, der Apparat ist jetzt alles.“ So sprechen sehr viele der Bürokraten. Ihnen scheint, die Erdrosselung der Partei, so schmerzhaft sie auch sei, ist durch die Umstände gerechtfertigt und später ... später kommt der Sozialismus und alles wird wieder zurechtgestutzt.

Hier eben offenbart sich der grundlegende Fehler. Der Sozialismus ist kein fertiges System, das in vollendeter Gestalt einem einzelnen Kopfe entspringen kann, und sei es auch der genialste Kopf. Die Aufgaben der richtigen Verteilung der Produktionskräfte und -mittel können nur gelöst werden auf dem Wege beständiger Kritik, Ueberprüfung idealen Kampfes der verschiedenen Gruppierungen innerhalb des Proletariats. Lehnen wir die formale Demokratie ab, die in der kapitalistischen Umkreisung die Uebergabe der Schlüssel an den reichen und bis an die Zähne bewaffneten Feind bedeutete, so werden wir indes ohne Klassendemokratie nicht nur den Sozialismus nicht aufbauen, sondern auch die Diktatur des Proletariats nicht erhalten können. Die Stalinschen Zickzacks kommen zu stehen und mit jedem Male immerteurer. Bloß Narren und Blinde vermögen zu glauben, man könne den Sozialismus von oben oktroyieren, auf bürokratischem Wege einführen. Lauter als je zuvor warnen wir die fortschrittlichen Arbeiter der SSSR, und der ganzen Welt: Der neue Zickzack Stalins, unabhängig davon, wie er sich in der nächsten Zeit entwickeln wird, führt unabweilich zu neuen und noch schärferen Gegensätzen, schon in der kommenden Etappe. Man muß mit der Wiederbelebung der proletarischen Demokratie beginnen. Dies ist jetzt das entscheidende Glied der ganzen Kette. Man muß die Probleme der Wirtschaft in ihrem vollen Umfange der Partei und den Gewerkschaften zur Diskussion unterbreiten. Hierzu ist notwendig, daß die Bolschewiki aufhören, zu fürchten, die Wahrheit auszusprechen. Das kann man nur erreichen, wenn man von jenen die Ketten nimmt, die für das Recht, die Wahrheit zu sprechen, geknüpft haben und kämpfen. Man muß die linke Opposition (Bolschewiki-Leninisten) wieder in die Partei nehmen. Man muß die Diskussion über die Grundlage der Wirtschaft und Politik eröffnen. Man muß einen Parteitag auf der Basis der Parteidemokratie vorbereiten!

Kadiköy, den 15. Juli 1931. L. Trotzki.

Otto Bauer-Sowjetrußland

Am 13. November sprach Bauer in Graz über die Weltkrise und über Sozialismus. Dabei kam er auf Sowjetrußland zu sprechen, wobei ein starker Applaus einsetzte. Bauer anerkannte die heroischen Leistungen des russischen Proletariats, kam dann aber auf die österreichischen Kommunisten zu sprechen und sagt, daß dieselben nicht das geringste Verdienst haben am Aufbau der Sowjetunion. Bei dieser Bemerkung setzte ein noch stärkerer Applaus ein. Was beweist dies? Es beweist nur, daß eine weitverbreitete Sympathie für die Sowjetunion besteht unter den sozialdemokratischen Arbeitern, und daß sie auf der anderen Seite kein Vertrauen zu den österreichischen Kommunisten haben. Die stalinistische Politik ist ein Hindernis für die Gewinnung dieser SP-Arbeiter für den Kommunismus, und der beste Kitt für die Zusammenhaltung der Sozialdemokratie. Es gibt aber nur einen Ausweg, und das ist der, den die kommunistische Linksoption zeigt, der allein zum Siege führen kann.

Eigenümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gartengasse 1. Verleger, Hans Zimm, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Raasdorfstraße 24. (Im Auftrage des Komitees, Stützpunkt.) Druck: „Wolke“, Wien, 2. Bez., Zobelstraße 53B.

Wie leben die Arbeiter und Bauern in Ungarn

Von insgesamt 850.000 städtischen Lohn- und Gehaltsempfängern sind 250.000 arbeitslos. Entwürdigende Almosen und Betteluppen der privaten „Wohltätigkeit“ ersetzen die Arbeitslosenunterstützung. Erst kürzlich hat der berüchtigte Organisator von Bombenattentaten, der Kriegsminister Gömbös erklärt: „Die Arbeitslosen träumen ganz vergebens von irgend einer staatlichen Unterstützung.“

Die beispiellos lange Arbeitszeit der Industriearbeiter (in der Textilindustrie von 50–90 Stunden, in der Metallindustrie von 50 bis 84 Stunden) wird nur noch vom ungarischen Landarbeiter überboten, der vom Morgengrauen bis in den dunklen Abend dauert. Nur ein Drittel der Industriearbeiter sind Hauptmieter. Die Mietskasernen bilden ein schauriges Bild des Wohnungswesens. Mehrere Familien hausen als Untermieter in einer Wohnung. In Legionen geht die Zahl der Bettelgänger. Durch die Arbeitslosigkeit sind Abertausende außerstande, ihre Mieten zu bezahlen; sie wandern außerhalb von Budapest und errichten aus altem Holz und Blech Hütten, wo sie wie Aussätzige zu hausen gezwungen sind. Aber es herrscht Ordnung, die ungarischen Zinsvampyre beziehen den Fiktionszins. Koalitionssrecht gibt es fast keines. Dementsprechend sind auch die Löhne mehr als unzureichend. Der größte Teil der Landarbeiterschaft ist von jeder Sozialversicherung gänzlich ausgeschlossen. Die furchtbaren Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter, der Mangel jedweder hygienischer Einrichtungen, wo es selbst an Wasser fehlt, die kulturelle Zurückgebliebenheit des Landproletariats, der reichliche Kindersegen, der wieder in der enormen Säuglings- und Kindersterblichkeit durch Tuberkulose und Trachom sein trauriges Gegenstück findet, entblößt das herrschende Regime Ungarns in seiner ganzen Erbärmlichkeit und Niedertracht.

Ein Drittel des ungarischen Bodens (und zwar der beste) gehört tausend Großgrundbesitzern. Fast die Hälfte der Landbevölkerung Ungarns besitzt nicht einen Flecken Boden und lebt im kjetsten Elend; körperlich und geistig geknechtet. Aber auch dem ungarischen Bauern geht es jetzt kaum besser. Der Preissturz der landwirtschaftlichen Produkte im letzten Jahre hat den Wert der Ernte von 1173 Millionen Pengö im Jahre 1930 auf 571 Millionen Pengö im Jahre 1931 vermindert.

„Nepszava“, das Organ der Sozialdemokratie Ungarns, bringt eine Aufstellung über das Jahresbudget einer Bauernwirtschaft mit 30 Joch Grund. Danach hatte diese Bauernwirtschaft folgende Einnahmen:

| | Pengö |
|--|------------|
| 10 Zentner Weizen a 13 Pengö | 130 |
| 4 „ „ Oerste a 14 Pengö | 56 |
| 30 „ „ Kartoffel a 4 Pengö | 120 |
| Milch (durchschnittlich täglich 2 Liter) | 120 |
| Zusammen | 426 |

Und folgende Ausgaben:

| | Pengö |
|--|------------|
| Steuern | 356 |
| Schulgeld | 46 |
| Kultussteuer | 9 |
| Ausgaben für Schmiedearbeiten | 30 |
| Ausgaben für Feuer- und Erntevericherung | 140 |
| Jahreslohn für einen Knecht | 1200 |
| Zusammen | 781 |

Die Steuern allein sind höher, als die gesamten Einnahmen. Danach kann man sich ein Bild machen, wie es im ungarischen Dorfe aussieht. Es geht hungert dem furchtbaren Winter entgegen. Dieselbe Zeitung bringt einen Bericht über eine Gemeinderatssitzung in Ozora (Komitat Tolna), einem größeren Ort in einer blühenden Weingegend Ungarns. Neunzig Prozent aller Besitzer des Ortes sind so verschuldet, daß ihnen die Banken keine Kredite mehr geben, da die Hypothekenschulden den Wert der Hypothek bereits übersteigen. Die ganze Ortschaft ist zahlungsunfähig. Die Gemeindevertretung ersuchte den von der Steuerbehörde delegierten Beamten und Stuhlrichter, in deren Auftrag der Gemeinderat zum Zwecke der Steuereintreibung einberufen wurde, sich selbst von der Wahrheit der gemachten Angaben durch einen Gang von Hof zu Hof zu überzeugen. Darauf macht der Stuhlrichter von seiner „guten Bildung“ Gebrauch und befahl den Gemeindevorstern, das Maul zu halten. Nicht wegen Zahlungsunfähigkeit, sondern aus Böswilligkeit wollen die Bauern keine Steuern zahlen, das war seiner Weisheit höchster Schluß. Mit heiligem Protest gegen diese Methoden des Stuhlrichters, sowie gegen den von ihm angedrohten Terror zur Eintreibung der Steuern, verließen die Gemeindevorsteher den Sitzungssaal.

Die ungarische Herrenklasse spürt das Keimen der Revolution in der Ackerfurche und den drohenden Sturm der Arbeiterklasse gegen das morsche und korrupte Betjarsystem. Längst entschlafene Mordorganisationen aus der Zeit des erwachenden Ungarns, aus der Zeit des weißen Terrors erwachen wieder; sie wittern Mordluft. Ungarns Konterrevolution rüstet zur letzten Schlacht. Den Geist dieser Konterrevolution brachte Konez Janos, seinem Range nach Obernotar, auf dem jüngst stattgefundenen Kongreß der Notaren zum Ausdruck, indem er sagte: „Wir wollen lieber gezählt werden zu den letzten unter den Niedertätigen, als zu den ersten bei den Demagogen.“ Der Mann hat sich und die Klasse, der er dient, richtig eingeschätzt. An Niedertracht ist die Aristokratie Ungarns nicht zu überbieten. Ihr ebenbürtig ist die bürgerliche Opposition einschließlich der Horthysozialisten, die Konez Janos verächtlich als Demagogen abtut.

Die arbeitenden Klassen Ungarns werden unter Führung des revolutionären Proletariats diesem ganzen Geschmeiß den letzten Stoß geben. Die Oalgen Horthys werden bald den letzten Proleten ins Jenseits befördert haben...

Was uns Arbeiter schreiben.

Arbeitslose — Ausgesteuerte!

Die Industrielle Bezirkskommission Graz, gab euch im Sommer 1931, den Trost, daß ihr vom Herbst 1931 über den Winter die Arbeitslosenunterstützung weiter bekommt. Bei vielen der Ausgesteuerten besteht Unklarheit, wann die Anmeldung erfolgen muß. Mit vielfachen Gründen hat man die Unterstützungen eingestellt.

Wir wollen euch mit einigen Punkten an die Hand gehen.

1. Jeder ausgesteuerte Arbeitslose soll sich sofort bei seinem zuständigen Schalter ausdrücklich zum Weiterbezug melden.

2. Verlangt man, daß der Ausgesteuerte versicherungspflichtige Beschäftigung oder Arbeitssuche nachweist. Der Arbeitssuchende muß die Kontrollmeldungen (Stempel) erbringen.

3. Die I. B. K. bestimmt, ob der Ausgesteuerte, die Unterstützung wieder bekommt und von welchem Datum (Anfalltag) an, der Bezug bewilligt wird.

4. Die I. B. K. hat keinen festen Termin für den Weiterbezug (Anfalltag) bestimmt, der Weiterbezug (Anfalltag) wird willkürlich, nach Gutdünken, in den Sitzungen festgelegt. Zum Beispiel:

Wenn sich der Arbeitslose am 1. Oktober 1931 bei seinem zuständigen Schalter zum Weiterbezug angemeldet hat, legt die I. B. K. den Anfalltag für den 20. Oktober fest. D. h. man bekommt die Unterstützung vom 20. Oktober 1931 an ausbezahlt. (Diese Herren meinen, ihr müßt froh sein, die Unterstützung überhaupt zu bekommen.)

5. Die Höhe der Unterstützung läuft nach den bestehenden Sätzen (Notstand I und II).

6. Sorgt, daß die Dokumente über Kontrollmeldung, Arbeitssuche, versicherungspflichtige Beschäftigung in Ordnung sind.

Ausgesteuerte, die I. B. K. kommt nicht zu euch. Meldet euch bei eurem Schalter zum Weiterbezug an. Viele wird man versuchen abzuweisen; denen sei gesagt, sie müssen sich zu gemeinsamem Handeln zusammenschließen und ihr Recht auf Unterstützung mit Hilfe der übrigen Arbeitslosen erkämpfen.

Urlaubsprellerei.

Der Möbelhändler Vutner hat sich eine besondere Methode zur Umgehung der gesetzlichen Urlaubsbestimmung ausgedacht. Er sagte zu einem Arbeitssuchenden, der bei ihm um Arbeit vorsprach, daß er sich später wieder einmal in seinem Geschäft anfragen möge, denn da wäre es möglich, daß ein Arbeiter auswärtsweise beschäftigt werden könne, weil er seinen Geschäftsdienster vor Beginn des Urlaubes aussetzen lassen werde, damit er sich die Bezahlung desselben ersparen könne.

Auch ein Beitrag über den Wert der sozialen Gesetze im Kapitalismus. Ein Arbeitssuchender.

Doppeltrick der I. B. K. Graz.

Der Winter vor der Tür, die Arbeitslosen fragen sich, was wird geschehen? Die Sozialdemokratische Partei schreibt die Arbeitslosenunterstützung gesichert usw. Die 27. Novelle des A.-V.-Gesetzes spricht aber ihr Urteil über die Arbeitslosen in brutalster Form. Einigen Ausgesteuerten gibt man über den Winter die Notstandsunterstützung und hunderte werden auf Grund der 27. Novelle ausgesteuert. Man will durch dieses Spiel das Gleichgewicht halten, um auch die Arbeitslosen zu beruhigen. Mit allen möglichen Drehs geht man vor. Einen feinen Schwindel der letzten Zeit zeigt folgendes Beispiel: Der Bezug (Verlängerung) der N.-A. wird gemäß Artikel IV des Gesetzes vom 18. 7. 1926, BGBl. 206 (XVIII. Novelle zum A.-V.-G.) abgelehnt, gem. Art. 4 Absatz 1 der 18. Novelle zum A.-V.-G., in der Fassung des Artikel 7 der 27. Novelle zum A.-V.-G., die Sie nicht überwiegend als Arbeitnehmer in versicherungspflichtigen Beschäftigungen zu sein pflegen. Sie haben nur 11, 20, 30, 42 Monate versicherungspflichtige Dienstverhältnisse nachgewiesen. Es fragt sich, wieviel muß denn jeder Arbeitslose Monate nachweisen können? 60, 70 Monate oder noch mehr.

Heute, bei einem durchschnittlichen Stand von weit über 200.000 Arbeitslosen, kann doch die Mehrzahl niemals in 10 Jahren 6–7 Jahre Arbeitszeit aufbringen, zum Beispiel: Ein Bauarbeiter, der froh sein muß, im Jahre 20 Wochen arbeiten zu können. Arbeitet ein Arbeiter jährlich 20 Wochen, so sind das in 10 Jahren 200 Wochen oder 46 Monate. Arbeitslose, durch diese Bestimmung in der 27. Novelle werden tausende der Arbeitslosenunterstützung verlustig, man raubt euch das Letzte. Die I. B. K. versteht es mit schlauser Art, die Waage zu halten und das Budget, durch Geben und Nehmen auf eure Kosten, zu sichern.

Arbeitslose! Es gibt für euch keinen anderen Weg als zu kämpfen. Betriebsarbeiter, Arbeitslose, schließt euch zu einer Kampffront. Schafft Aktionsausschüsse! Es muß eine einheitliche Kampffront ohne Unterschied der Partei geschaffen werden. Nur dann wird es möglich werden, diesem Spiel ein Ende zu bereiten. Ein Arbeitsloser.

Skandalöse Behandlung der Krankenkassenmitglieder. Die Christliche Gewerbliche Krankenkassa, Graz, Leudkai 21, kann nur zahlende Mitglieder, aber keine Kranken brauchen.

Wenn sich ein Mitglied krank meldet, wird es sofort zum Chefarzt Dr. Buxbaum, zur ärztlichen Untersuchung bestimmt.

Der Vorgang spielt sich bei der ärztlichen Untersuchung ganz in oberflächlicher Form ab. Man läßt abwechselnd 4 Männer und 4 Frauen vor, die Untersuchung besteht nur im Anschauen des Kranken; dabei braucht sich niemand ausziehen. Herr Chefarzt Dr. Buxbaum besitzt eine besondere Praxis, wenn der Kranke untersucht ist, so muß er auch schon arbeitsfähig sein; ob er kann oder nicht. Vielleicht hat der Chefarzt Dr. Buxbaum, von der Gewerblichen Krankenkassa den Auftrag, auch tote lebendig zu machen? Die Mitglieder der Gewerblichen Krankenkassa

protestieren gegen die Praxis des Herrn Chefarzt und fordern nicht nur gründliche, genaue Untersuchung, sondern auch die Krankmeldung.

Wir verstehen, die Krankenkassa will sich auf unsere Kosten sanieren. Auch wissen wir, daß der Verwaltungsapparat zuviel kostet. Wir sind aber nicht gewillt, länger zuzuschauen. Wir warnen! Ansonsten werden die Mitglieder zur Selbsthilfe schreiben. Mehrere Mitglieder.

Der Zentrismus an der philosophischen Front

In der russischen Parteipresse wird seit fast einem Jahr eine „Diskussion“ geführt, die man als den Abschluß jener inneren Umwandlung bezeichnen kann, die zur Entartung der Partei geführt hat.

Nach der Revision der Theorien des revolutionären Marxismus auf ökonomischem und politischem Gebiet, setzt nunmehr der philosophische Revisionismus auf der ganzen Linie ein.

Die Gruppe Stahln hat nunmehr eine „Durchbruchschlacht“ an der philosophischen Front „gewonnen“. Als offizielle Linie wurde die Auffassung Stalins proklamiert, daß die Ideen Lenins auf philosophischem Gebiet nicht nur eine Anwendung, sondern eine Fortentwicklung des dialektischen Materialismus sind.

Diese „Erkenntnis“ des Meisters wird fieberhaft propagiert und von einer echt scholastischen Attacke gegen ältere Schriften Bucharins und Probrschenskys begleitet, da Bucharin im Leninismus die Rückkehr zum Marxismus in methodologischer Beziehung erblickt und Probrschenski die Ausarbeitung der dialektisch-materialistischen Methode durch Marx für abgeschlossen hält.

Leider ist es uns im engen Rahmen unseres Blattes nicht möglich, tiefer auf diese Fragen einzugehen. Wir müssen uns mit der kurzen Formulierung unseres Standpunktes begnügen: Wir lehnen die Konstruktion eines eigenen Systems des Leninismus durch die Epigonen ab. Die gewaltige und revolutionäre Bedeutung Lenins auf dem Gebiet des Marxismus besteht nicht in der Schaffung eines neuen Systems — am wenigsten auf dem Gebiet der Philosophie — sondern in der Rückkehr zum Marxismus und in der Anwendung der marxistischen Methode auf die Probleme der imperialistischen Epoche. Die Konstruktion eines selbständigen Systems des Leninismus ist nur die Verschleierung der Revision des revolutionären Marxismus, dessen berühmter Vertreter Lenin war.

Der Meinungsfabrikant

„Jawohl, die Zeitungen? Sie sind das funktionierende Gehirn unseres Bürgertums geworden.“

Der „Bürger“ denkt nicht, selbst wenn und wo er die dazu erforderliche Fähigkeit weit besser hätte als diejenigen von denen er das fertige Gedankenfabrikat bezieht. Selbst denken ist un bequem, setzt Bücherlesen, Mühe, Lernen und eigenes Untersuchen voraus. Es ist also süß, so bequem, seine Gedanken fix und fertig aus der Fabrik zu beziehen!“ Ferdinand Lassalle.

Für die proletarische Presse!

„In einer Gesellschaft, die auf der Herrschaft des Geldes beruht, in einer Gesellschaft, wo die Massen der Werktätigen darben und ein Häuflein Reicher faulenz, kann es keine reale und wirkliche „Freiheit“ geben. Sind Sie denn von Ihrem bürgerlichen Verleger frei, Herr Schriftsteller? von ihrem bürgerlichen Publikum, das von Ihnen Pornographie — eingerahmt und abkonterlet fordert, Prostitution als „Beilage“ zu der „heiligen“ Bühnenkunst? ... Die Freiheit des bürgerlichen Schriftstellers, des Künstlers, der Schauspieler, ist bloß maskierte (oder heuchlerisch maskierte) Unabhängigkeit vom Geldsack, von der Bestechung, von dem Ausgehaltenwerden.“

Wir Sozialisten entlarven diese Heuchelei, reißen die falschen Aushängeschilder herunter, aber nicht, um eine klassenlose Literatur und Kunst zu erzielen (das wird bloß in der sozialistischen klassenlosen Gesellschaft möglich sein), sondern um der heuchlerisch-freien, in Wirklichkeit aber bourgeoisverbundenen Literatur eine wahrhaft freie Literatur entgegenzustellen, die offen mit dem Proletariat verbunden wäre ...

... Das wird eine freie Literatur sein, die die letzten Ergebnisse des revolutionären Denkens des Menschen bereichern wird mit der Erfahrung und der lebendigen Arbeit des sozialistischen Proletariats, der Arbeit, die ein beständiges Wechselverhältnis zwischen den Erfahrungen der Vergangenheit und der Erfahrung der Gegenwart schafft.“ N. Lenin (1905).

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Genosse, warst du schon in dem jeden Dienstag um halb 8 Uhr abends im Gasthaus „Volksgarten“, Siegmundstadt 1, stattfindenden Bildungskurs? Unser gegenwärtiges Thema: „Gegen den Nationalkommunismus“ ist für jeden Genossen von größter Wichtigkeit. Werbet Teilnehmer für diesen wichtigen Kurs.

Achtung Leser des „Mahnruf“

In der nächsten Nummer erscheint eine aktuelle Artikelserie des Genossen Kurt Landau über die „Probleme der spanischen Revolution“.

Jeder Arbeiter lese die Broschüre:

„Gegen den Nationalkommunismus“ von Leo Trotzki